

Die Berufsverbote waren ein Verstoß gegen die „Freiheitlich-Demokratische Grundordnung“

FU -Veranstaltung zur Ausstellung „*Vergessene*“ *Geschichte – Berufsverbote und politische Disziplinierung*.

Am 10. April fand in der Silberlaube der FU eine von der Ag Berufsverbote initiierte gut besuchte Informations- und Diskussionsveranstaltung der Hochschulgruppe der GEW -Berlin und des FU-Asta zur dort gezeigten Ausstellung „*Vergessene*“ *Geschichte – Berufsverbote und politische Disziplinierung in der Bundesrepublik*



Deutschland statt.

Moderiert von der GEW-Hochschulverantwortlichen Martina Regulin und dem Asta-Referenten Fabian B. gab es vielfältige Informationen und Diskussionen zu dem komplexen Thema der Ausstellung. Eingangs hielt Tom Erdmann (GEW-Vors) eine schwungvolle Begrüßungsrede, in der er den aktuellen Bezug zu den dreisten Schnüffel-Aktivitäten der AfD herstellte. In der anschließenden PP-Präsentation beschrieb Ewald Leppin den historischen Kontext der Ausstellung und betonte die bisher noch ausstehende Aufarbeitung durch die politisch Verantwortlichen.

Die Besonderheiten der Berufsverbotepraxis in Berlin (West) und an der FU - Stichwort „Notgemeinschaft für eine Freie Universität“ (NOFU) – stellten Lore Nareyek und Eva Besler dar.

In einer szenischen Lesung machten FU-Studierende die Absurdität der Behördenvorwürfe gegenüber Lehramtsbewerber*innen hör- und sichtbar, indem sie aus Gedächtnisprotokollen von Verhören (1973) lasen.

In seinem Vortrag über „Verfassung und 'streitbare Demokratie““ arbeitete der Staats- und Verwaltungsrechtler Prof. Dr. Martin Kutscha heraus, dass die zehntausendfache Anwendung des „Radikalenerlasses“ von 1972 durch die Behörden einen massiven Verstoß gegen die im Grundgesetz dargelegte „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ darstellte.

Der anschließende Vortrag von Dr. Dominik Rigoll ging auf die Aspekte der Rolle des Staatsschutzes und die Bedingungen für die Berufsverbote und ihre Abschaffung ein. Er betonte dabei verschiedene Aspekte für die letztendliche Beseitigung in den 80-er Jahren, besonders den breiten Widerstand gegen die Berufsverbotspraxis.

In der nachfolgenden Diskussion wurde deutlich, wie wichtig diese Widerstandsbewegung gewesen war, besonders anschaulich geschildert am Fall Hans Apel, für den in der Deutschlandhalle eine Solidaritätsveranstaltung mit 10.000 Protestierenden organisiert wurde.

Jutta Rübke, die niedersächsische Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der Schicksale in Zusammenhang mit dem Radikalenerlass, sowie Jutta Martens-Hinzelin, Zeitzeugin aus Hamburg, erläuterten, wie sie in ihren Bundesländern die demokratische Öffentlichkeit und die Parlamente mobilisiert haben, um die Aufarbeitung der „vergessenen“ Geschichte der Berufsverbote staatlich zu gewährleisten und ein Bedauern über geschehenes Unrecht auszusprechen.

Am Ende der Veranstaltung gab es Konsens darüber, dass es gerade in Berlin noch viel zu tun gibt, denn die Forderungen der Betroffenen nach Aufarbeitung, Rehabilitation, Wiedergutmachung sind unerfüllt. Wie schon auf einer ähnlichen Veranstaltung (am 20.03.19) in der GEW wurde in Gesprächen der Vorschlag konkretisiert, durch das Auftreten von Zeitzeug*innen in Schulen, Schüler*innen die Aktualität des Themas zu vermitteln.

Um auch die FU auf Trab zu bringen, setzt der Asta im laufenden Semester eine Veranstaltungsreihe zur kritischen Aufarbeitung der FU-Geschichte fort; Auftakt dafür bildete unsere in Kooperation entstandene Informations- und Diskussionsveranstaltung am 10. April.

AG Berufsverbote in der GEW-Berlin

Die Ausstellung ist noch bis zu den Sommerferien in der Geschäftsstelle der GEW -Berlin zu sehen.